

Eichel: Kirchhof will Kopfsteuer

isk. FRANKFURT, 23. August. Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) hat das Steuermodell des von CDU/CSU aufgestellten Finanzfachmanns Paul Kirchhof kritisiert und den von ihm geplanten Einheitssteuersatz als „Kopfsteuer“ bezeichnet. Noch nicht einmal die Union sei sich einig darüber, ob das Modell finanzierbar sei, sagte Eichel am Dienstag in Frankfurt. Er gehe „jede Wette ein“, daß die einheitlichen 25 Prozent der Einkommensbesteuerung nicht umgesetzt würden. „Es ist doch immer wieder die gleiche Melodie: oben entlasten, unten belasten“, sagte der Minister.

Der SPD-Politiker warf den Ländern überdies vor, den Kommunen Geld vorzuenthalten. Der einzige, der für die Finanzen der Kommunen etwas getan habe, sei der Bund. Die Gewerbesteuererträge seien 2004 auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung gestiegen, sagte Eichel. Statt jedoch investitionsfähige Gemeinden zu schaffen, hätten die Länder die Mittel für die Kommunen gekürzt. „Das war nicht der Sinn der Gemeindefinanzreform.“ Auch im Falle einer großen Koalition wolle die SPD an der Gewerbesteuer festhalten. „Diese Steuer ist für uns nicht verhandlungsfähig.“ Zudem sprach der Finanzminister von einer „jahrrelangen Blockadepolitik“ der Länder, die damit eine Verbesserung der kommunalen Haushalte verhindert hätten. Diese Blockade treffe nicht nur den Bund, sondern auch die Kommunen. Bis 2007 erwartet Eichel einen stabilen Haushalt. „Dann ist der Endtermin, um wieder unter drei Prozent zu kommen.“

Insolvenzverwalter lehnen Reform ab

ja. FRANKFURT, 23. August. Eine große Mehrheit der Insolvenzverwalter in Deutschland lehnt die von der Bundesregierung geplanten Änderungen des Insolvenzrechts entschieden ab. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Instituts für angewandtes Insolvenzrecht unter Insolvenzverwaltern und Insolvenzhilfsjuristen. 84 Prozent der Befragten sahen eine erhebliche Beeinträchtigung der Sanierungschancen notleidender Betriebe, teilte das Institut am Dienstag in Bonn mit. 96 Prozent befürchteten sogar, daß eine Umsetzung des neuen Insolvenz-

ANZEIGE

Attrktiv. Altersvors. su. cleveren Anleger

Großzügig, aussichtsreich, solvent – der Traumpartner für ihr Alter. Legal & General möchte Sie mit der Finanzmarkt-Rentenpolice bekannt machen. Ihre Vorteile: Sie verbindet hohe Renditechancen mit besonders günstigen Konditionen. Nur 1% p.a. Verwaltungsgebühren vom Fondsguthaben, keine Stornogebühren, keine Ausgabeaufschläge. Und Ihre Beiträge kommen voll Ihrer Altersvorsorge zugute.

Legal & General. Irgendwie großzügig. www.legalundgeneral.de



01 80 3 / 72 44 76

rechts einen ganz erheblichen negativen Einfluß auf die Sicherung von Arbeitsplätzen haben würde. Mehr als drei Viertel der befragten Insolvenzverwalter und Insolvenzhilfsjuristen rechnen damit, daß künftig die Möglichkeiten zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens deutlich zurückgehen und zugleich die Haftungsrisiken unkalkulierbar werden. Die Bundesregierung will den Sozialversicherungsträgern und Finanzämtern bessere Zugriffsmöglichkeiten auf Schuldner als anderen Gläubigern einräumen (F.A.Z. vom 12. August). Dadurch können sich etwa Krankenkassen und Fiskus am verbliebenen Vermögen des insolventen Unternehmens vorab bedienen. Kritiker sehen darin eine Verletzung des Gleichbehandlungsprinzips und sagen eine häufigere Zerschlagung von Unternehmen voraus.

Großes Interesse am Kauf französischer Autobahnen

PARIS, 23. August (Reuters). Die Privatisierung von drei großen französischen Autobahnbetreibern stößt bei Investoren auf großes Interesse. Insgesamt 18 Firmen hätten Gebote abgegeben, teilte die französische Regierung nach Ablauf der Bietfrist am Montagabend mit. Von Geboten deutscher Firmen ist bislang nichts bekannt. Frankreichs Regierung erwartet aus dem Verkauf ihrer Anteile bis zu 13 Milliarden Euro, mit denen sie die Staatsschulden abbauen will. Die Privatisierung ist politisch umstritten. Die Regierung bietet die gesamten Anteile von Autoroutes du Sud de la France (ASF, 50,3 Prozent), Autoroutes Paris Rhin Rhône (APRR, 70,2 Prozent) und Sanef (74,3 Prozent) zum Verkauf. Namen nannte sie nicht. Das Angebot stieß vor allem in Spanien auf Interesse. Der Verkauf ist Teil eines weitreichenden Privatisierungsprogramms der französischen Regierung. Im Juli hatte sie bereits den Gasserversorger Gaz de France privatisiert.

„Der Kommunismus sitzt vielen Ostdeutschen noch im Kopf“

Harvard-Professorin Nicola Fuchs-Schündeln zu den Erfolgen der Linkspartei, Versorgungsmentalität und unzureichenden Reformen

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl ist die Linkspartei in Ostdeutschland beliebter als die Union oder die Sozialdemokraten. Der ausgeprägte Wunsch nach staatlicher Fürsorge ist auch die Folge des Kommunismus, sagt Nicola Fuchs-Schündeln. Im Gespräch mit der F.A.Z. äußert sich die 32 Jahre alte Ökonomeprofessorin, die seit 2004 an der Eliteuniversität Harvard lehrt, zu einem ihrer Forschungsprojekte, das sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Alberto Alesina durchführt. Sie untersucht, wie sich die Planwirtschaft in den Köpfen der Menschen in Ostdeutschland festgesetzt hat und auch heute noch die Einstellung zu Eigenverantwortung und die Ansprüche an den Staat prägt.

Was macht die Linkspartei, die auf staatliche Intervention setzt und selbst die gezielte deutsche Form der Marktwirtschaft für schädlich hält, im Osten so populär?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland sind noch immer geringer als im Westen, die Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch. Studien aus den Vereinigten Staaten und Rußland haben gezeigt, daß die Präferenzen für Umverteilung ganz maßgeblich von der eigenen Stellung in der Einkommensverteilung beeinflusst werden: Wenn jemand wenig verdient und daher erwarten kann, von Umverteilung persönlich zu profitieren, so wird er diese mit größerer Wahrscheinlichkeit unterstützen. Das ist ein plausibler Grund, warum die Linkspartei im Osten beliebter ist als im Westen.

Wie haben 45 Jahre kommunistischer Herrschaft das Denken der Menschen über den Kapitalismus beeinflusst?

Umverteilung und Staatsinterventionismus spielten im Kommunismus eine grundlegende Rolle. Wir haben in unserer Forschung festgestellt, daß sich viele Ostdeutsche offenbar an diese zentrale Rolle des Staates im ökonomischen Leben gewöhnt haben und sie nun als wünschenswert ansehen. Ebenso unterliegen aber auch viele Westdeutsche einem Gewöhnungseffekt an das marktwirtschaftliche System. Präferenzen hängen offenbar im allgemeinen vom wirtschaftlichen System ab, und zwar in der Weise, daß eine Gewöhnung an den Status quo stattfindet, der nach einiger Zeit als wünschenswert angesehen wird.

Warum ist das Verlangen nach Eigenverantwortung trotz der langen Eingelung durch eine Diktatur nicht stärker ausgeprägt?

Es ist grundsätzlich vorstellbar, daß die Erfahrungen des Kommunismus die Präferenzen der Menschen genau ins Gegenteil verkehren lassen, so daß sie die Eingriffe des Staates in ihr Leben so klein wie möglich halten wollen. Wir beobachten allerdings das gegenteilige Phänomen. Das gilt nicht nur für Ostdeutsch-



Nicola Fuchs-Schündeln

Foto Archiv

land, sondern auch für weite Teile Osteuropas. Der Einfluß des Kommunismus auf die Normen der Menschen wurde auch in anderen Bereichen ökonomischen Handelns nachgewiesen.

Aus den „blühenden Landschaften“, die Helmut Kohl einst versprochen hat, ist vielfach nichts geworden. Welche Rolle spielt die hohe Arbeitslosigkeit für die Einstellung zur Marktwirtschaft?

Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland schwächt sicher die Unterstützung der Marktwirtschaft zu einem gewissen Grad. Dabei spielt nicht nur der Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit eine Rolle. Wir wissen, daß die generelle Zufriedenheit von Arbeitslosen mit ihrem Leben spürbar geringer ist als die der arbeitenden Bevölkerung, auch nachdem man den negativen Einkommenseffekt berücksichtigt hat. Arbeit ist wichtig für das Selbstverständnis eines Menschen.

Auch in Westdeutschland ist der Wunsch nach staatlicher Einmischung stärker

ausgeprägt als beispielsweise in Amerika. Werden sich Ost- und Westdeutschland in ihren Überzeugungen aufeinander zubewegen?

Es findet eine Annäherung der Präferenzen der Ostdeutschen an die ihrer westdeutschen Mitbürger statt. Zwischen 1997 und 2002 ist der Ruf nach einer aktiveren Rolle des Staates in Ostdeutschland deutlich leiser geworden, obwohl sich die relative wirtschaftliche Lage der Ostdeutschen in dieser Zeit nicht gebessert hat. Offenbar findet in der Tat eine Gewöhnung an die Marktwirtschaft statt. Es zeigt sich aber auch, daß der Effekt des Kommunismus um so stärker ist, je länger jemand unter dem Kommunismus gelebt hat. Da inzwischen im Osten eine Generation ins Berufsleben eintritt, die den Kommunismus kaum noch selbst erlebt hat, wird die ostdeutsche Bevölkerung im Durchschnitt marktfreundlicher. Es wird aber wohl ein bis zwei Generationen dauern, bis sich die Präferenzen angeglichen haben.

Wovon hängt das persönliche Wohlergehen tatsächlich ab: vom eigenen Leistungswillen oder von den gesellschaftlichen Umständen?

Beides spielt eine Rolle. Der Mensch lebt nun einmal eingebunden in die Gesellschaft und nicht wie Robinson Crusoe auf einer einsamen Insel. Das Nettoergebnis wird sowohl vom eigenen Einsatz als auch vom Steuer- und Sozialsystem bestimmt. Mehr Westdeutsche als Ostdeutsche glauben, daß es vor allem eine Frage von Schicksal oder Glück sei, was man im Leben erreicht. Auf der anderen Seite geben mehr Ostdeutsche als Westdeutsche an, daß die sozialen Umstände die eigenen Möglichkeiten im Leben bestimmen. Dies ist eine der Grundannahmen des Kommunismus. Interessanterweise glaubt allerdings auch mehr als die Hälfte der Westdeutschen an eine wichtige Rolle der sozialen Umstände. Im Gegensatz dazu meinen rund zwei Drittel der Amerikaner, daß die eigene Leistung bestimmt, was man im Leben erreicht.

Gibt es eine Alternative zur Stärkung der Marktkräfte und der Leistungsanreize, damit Deutschland im globalen Wettbewerb erfolgreich bestehen kann?

Deutschland profitiert in hohem Maße von der Globalisierung, sei es durch seinen Export oder auch durch den Import preisgünstiger Konsumgüter. Im globalen Wettbewerb muß sich Deutschland auf seine komparativen Vorteile konzentrieren, und die liegen im Bereich der hochqualifizierten Arbeit. Wenn sich Deutschland global gut positionieren kann, so wird das Wirtschaftswachstum entstehen, das notwendig ist, um den Wohlfahrtsstaat zu finanzieren.

Welche Reformen der vergangenen Jahre halten Sie für nützlich, was bleibt zu tun?

Deutschland sollte vor allen Dingen in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren. Die bisher geplanten Reformen reichen nicht aus, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig zu sichern. Die Arbeitsmarktreformen gehen im Ansatz in die richtige Richtung. Reformen in Deutschland werden zu häufig halbherzig und in zu kleinen Schritten vorgenommen. Die Reformbereitschaft der Deutschen ist relativ gering, unter anderem aufgrund einer Gewöhnung an den umfassenden Wohlfahrtsstaat. Oft wird vor „amerikanischen Verhältnissen“ gewarnt. Die guten Seiten des amerikanischen Systems, wie unter anderem die sehr geringe Arbeitslosigkeit, werden dabei übersehen. Die Deutschen sollten bereit sein, von den guten Erfahrungen anderer Länder zu lernen, ohne sie gedankenlos zu kopieren, aber auch ohne sie von vornherein abzulehnen.

Das Gespräch führte Claus Tigges.

Weltwirtschaftsklima stabilisiert sich

wmu. BRÜSSEL, 23. August. Die Konjunkturaussichten für die Weltwirtschaft bleiben trotz der gestiegenen Rohölpreise robust. Der vom Münchner Ifo-Institut durch Befragung von internationalen Fachleuten ermittelte Indikator für das Weltwirtschaftsklima stagnierte im dritten Quartal 2005 auf dem Niveau von 97,5 Punkten. Damit hat sich die seit dem zweiten Vierteljahr 2003 andauernde Eintrübung des Stimmungsindektors nicht weiter fortgesetzt. „Es verstärkt sich damit der Eindruck, daß es sich bei der seit Mitte 2004 eingetretenen Verlangsamung im weltwirtschaftlichen Wachstum nur um eine vorübergehende Störung handelt“, sagte Ifo-Präsident Hans Werner Sinn am Dienstag. Die Befürchtungen, daß die Ölpreiserhöhungen einen Abschwung der gesamten Weltwirtschaft auslösen könnten, hätten sich nicht bestätigt. Während die Fachleute die aktuelle Lage der Weltwirtschaft abermals schlechter einschätzten als im Vorquartal, haben sich die Zukunftserwartungen verbessert. Die Unterschiede zwischen den großen Wirtschaftsräumen blieben erhalten. Während sich die Stimmung in Nordamerika weiter verbessert hat, blieb sie in Asien stabil und verschlechterte sich in Westeuropa zum vierten Mal hintereinander.

Kassen skeptisch bei Klage gegen Merck

ami. BERLIN, 23. August. Die gesetzlichen Krankenkassen prüfen, wie sie Versicherern helfen können, die möglicherweise durch die Einnahme des Merck-Schmerzmittels Vioxx geschädigt wurden. Man stehe aber noch am Anfang der Überlegungen, sagte eine Sprecherin des Ersatzkassenverbands VdAK. Ob sich daraus Möglichkeiten ergäben, den Hersteller Merck für etwaige Folgekosten in der Behandlung der geschädigten Patienten zur Rechenschaft zu ziehen, sei völlig offen. Vertreter anderer Krankenkassen wiesen darauf hin, daß jeder Einzelfall geprüft werden müsse und die konkrete Schädigung durch das Arzneimittel nachgewiesen werden müsse. Da sei die Beweislage „nicht so einfach“. Andererseits laufe die Verjährungsfrist noch lange nicht ab, weshalb es keinen Grund für übereilte Aktionen gebe. Im ersten Vioxx-Prozess war der amerikanische Pharmakonzern Merck & Co. am Freitag zu einer Gesamtstrafe von 253,4 Millionen Dollar verurteilt worden. Die ersten Klagen von Deutschen in den Vereinigten Staaten sollen in diesen Tagen eingereicht werden. Die Zahl der Vioxx-Fälle in Deutschland insgesamt wird auf mindestens 7000 geschätzt. Mehrere Patienten starben an Herzinfarkten.

Ost-Ärzte rufen nach Subventionen

ami. BERLIN, 23. August. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) fordert ein millionenschweres Sofortprogramm gegen den Ärztemangel in Ostdeutschland. 700 Millionen Euro seien dazu notwendig, sagte der Vorsitzende der KBV, Andreas Köhler, am Dienstag in Berlin. Mit dem Geld solle sichergestellt werden, daß die Ärzte in den neuen Ländern, die mehr arbeiteten, aber weniger verdienten, ihren westdeutschen Kollegen gleichgestellt würden. Für die ostdeutschen Kassenärztlichen Vereinigungen sagte deren Sprecher, Hans-Joachim Helming, der Ärztemangel sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Finanziert werden müsse das Programm deshalb vorzugsweise über die Mehrwertsteuererhöhung, (F.A.Z. vom 20. August). Aber auch ein gesamtgesellschaftlicher Fonds oder die Verschiebung von Mitteln innerhalb des Gesundheitswesens, beispielsweise von den Krankenhäusern zu den niedergelassenen Ärzten, sei denkbar. Ein Kassenarzt im Osten müsse heute 36 Prozent mehr Patienten behandeln als ein Kollege in den alten Bundesländern, bekomme aber im Vergleich von den gesetzlichen Krankenkassen nur 72,8 Prozent der Vergütung, erklärte Helming. Dies führe dazu, daß sich nur wenige junge Ärzte in Ostdeutschland niederließen.

Stahlerzeuger klagen über Stromkonzerne

ami. BERLIN, 23. August. In der Wirtschaft wird weiter scharf über die Höhe der Strompreise gefochten. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl warf am Dienstag den Energieerzeugern vor, sie verarmtesten die Auswirkungen der Strompreiserhöhungen auf die energieintensive Industrie. Die Angaben zu den Durchschnittskosten, die der Verband der Elektrizitätswirtschaft am Freitag gemacht hatte, „führten bewußt in die Irre“, sagte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Dieter Ameling. Der Stromkostenanteil von Elektrotrahlerwerken an den Gesamtkosten beispielsweise liege mit rund zehn Prozent weit über den Angaben, die der VDEW gemacht habe. Der hatte erklärt, die Energiekosten spielten in einer Gesamtbetrachtung der Kosten der Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle (F.A.Z. vom 23. August). Seit 2002 seien der Stahlindustrie jährliche Mehrkosten von 180 bis zu 200 Millionen Euro entstanden, stellte Ameling fest. Daraus resultiere eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EU, in der Deutschland die zweithöchsten Strompreise habe. Die Stromkostensteigerungen könnten im internationalen Wettbewerb nicht weitergereicht werden. Die Energiekonzerne nutzten den fehlenden Wettbewerb und Argumente wie den Emissionshandel, um ihre Gewinne zu maximieren. Doch ignorierten sie die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes „und letztlich auch für ihren eigenen Absatz“.

Arbeitnehmer melden sich wieder öfter krank

Die Grippewelle schlägt auf die Statistik durch / Trend abnehmender Fehlzeiten nach zehn Jahren offenbar gestoppt

ami. BERLIN, 23. August. Die deutschen Arbeitnehmer melden sich wieder öfter krank von der Arbeit ab. Das zeigen Zahlen der Betriebskrankenkassen für dieses Jahr. Der Trend sinkender Krankheitsstände der vergangenen Jahre ist damit offenbar zum Stillstand gekommen. Für das Jahr 2004 hatten Krankenkassen und Gesundheitsministerium über die niedrigsten Fehlzeiten seit Beginn der Erfassung im Jahr 1974 berichtet.

„Für das gesamte Jahr 2005 ist anzunehmen, daß der Krankenstand leicht ansteigt und zumindest wieder das Niveau des Jahres 2003 erreicht“, berichtete der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) am Dienstag in Berlin. Im ersten Halbjahr 2005 sei der Krankenstand auf 3,8 Prozent und damit leicht über den Vorjahreswert von 3,7 Prozent gestiegen. Grund dafür sei auch die Grippewelle zu Jahresbeginn, sagte eine Verbandssprecherin. Doch im Gegensatz zu den Vorjahren, als die Fehlzeiten trotz Grippewellen gesunken seien, könne man dies für dieses Jahr ausschließen. „Die durchschnittlich 13 Krankheitstage im vergangenen Jahr scheinen die Untergrenze zu sein.“ 2003 hatten sich die Beschäftigten nach der Auswertung der bei den Kassen eingereichten Krankmeldungen im Schnitt 13,5 Kalendertage abgemeldet.

Weil die Berechnungen des BKK-Bundesverbands aus den Meldungen von rund einem Viertel der Beschäftigten, knapp 7 Millionen Sozialversicherungspflichtigen, basieren, gelten sie als repräsentativ. Auch für Kurzeiterkrankungen von bis zu drei Tagen, für die oft keine ärztliche Krankenschein notwendig ist, ließen sich Versicherte oft krank schreiben, sagte eine BKK-Sprecherin. Auch diese Daten gingen damit in die Berechnung ein.

Die Auswertung zeigt eine deutlich unterschiedliche Krankheitsdauer je nach Berufsgruppe. Beschäftigte bei Banken und Versicherungen waren mit durchschnittlich zehn Tagen nur halb so lang abwesend wie Abfallbeseitiger. An der Spitze der Branchen mit langen Krankmeldungen liegen weiterhin Post, Bahn, Telekommunikation und der öffentliche Dienst noch vor der Metallergewerbe. Geringe Ausfallzeiten melden Dienstleister, Handel und Gastgewerbe mit je 11 Tagen.

Die sich mit der Arbeitswelt ändernden beruflichen Anforderungen schlagen sich in der Statistik der Erkrankungsarten nieder. Die meisten Fehlzeiten verursachten Muskel- und Skeletterkrankungen (27 Prozent), gefolgt von Atemwegserkrankungen (16 Prozent) und Verletzungen (15 Prozent), stellt der BKK-Bundesverband

fest. Mit 8 Prozent der Krankheitstage stünden psychische Störungen an vierter Stelle. Bei den Frauen stehe diese Krankheitsursache mit 11 Prozent an dritter Stelle, bei Männern, die nur halb so oft davon betroffen seien, an sechster. Der Anteil psychischer Störungen als Grund für eine Krankmeldung habe sich in den vergange-

Krankheitstage je Beschäftigten

Nach Branchen in 2004	
Abfallbeseitigung	19,7
Post- und Kurierdienste	19,5
Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe	18,6
Telekommunikation	15,9
Öffentliche Verwaltung	15,6
Metallerzeugung	15,3
Baugewerbe	14,4
Metallverarbeitung	13,8
Chemie	13,7
Textil, Bekleidung, Leder	13,6
Bundesdurchschnitt	13,0
Holz, Papier, Druck, Verlage	12,6
Gesundheits-/Sozialwesen	12,4
Gastgewerbe	11,0
Banken/Versicher.	9,8

Quelle: BKK FAZ - Grafik Kaiser

Noch einmal mit Gefühl

Emotionen sollen die Kaufzurückhaltung der Verbraucher überwinden / Konsumgütermesse Tendence Lifestyle mit Schwerpunkt Design

rike. FRANKFURT, 23. August. Die Konsumgütermesse „Tendence Lifestyle“, die am Freitag in Frankfurt beginnt, setzt auf Design und Emotion, um der Kaufzurückhaltung zu begegnen. Es gelte, die Lustlosigkeit der Endverbraucher zu knacken, sagte Michael Peters, Geschäftsführer der Messe Frankfurt. Noch blieben die deutschen Konsumenten zurückhaltend. Peters verwies auf eine Studie, nach der die traditionellen Erfolgsfaktoren des Handels – Preis, Auswahl, Qualität – nicht länger ausreichten. Zu den neuen Erfolgsfaktoren gehörten Emotionen. „Sie lösen den gewünschten Kaufimpuls aus.“ Vor allem die Glas-Porzellan-Keramik-Branche aber, das zeigt eine weitere Studie, ist wenig erfolgreich damit, Gefühle zu verkaufen. Sie müsse weg von Teller und Glas, hin zur symbolischen Inszenierung des Lebens.

Die Gefühlsregung der Kunden auf Produkte des täglichen Lebens soll deren Design auslösen. Deshalb hat sich die Herbstmesse ihren Designschwerpunkt gegeben. Ausstellungen wie Tasteful, ein Grenzgang zwischen Essen und Design, mit Salami-tischdecken und Schokomöbeln, gehören ebenso zum Programm wie Talents, das Förderprojekt junger Designer. Erstmals endet die Messewelt nicht hinter den Eingangstüren. Die britische Designerplattform Designersblock stellt im Atelier Frankfurt aus, der Anlagenring wird zur Spielwiese von Designern aus der Region. Design sei zum Wirtschaftsfaktor geworden, sagte Andrej Kupetz, Geschäftsführer des Rates für Formgebung. So sei zum Beispiel beim Autokauf das Design der entscheidende Faktor. Und die Tendence, sagte Kupetz, sei die Messe, die am schnellsten Trends in

Konsumideen umsetze. Die Messe will auf mehr als 116 000 Quadratmetern zum „Marktplatz der Emotionen“ werden. Vor drei Jahren gaben die Veranstalter es auf, die Aussteller nach Produktgruppen zu ordnen, und würfeln sie statt dessen in Stilrichtungen und sogenannten Lifestylewelten zusammen. Diese Welten – „Modern Living“, „Emotion“, „Joy“ und „Function“ – haben Zuwachs bekommen: „Passione“ bietet Anbietern von Schmuck und Kosmetikprodukten eine Plattform.

Insgesamt werden 3409 Unternehmen aus 81 Ländern ausstellen – 305 weniger als 2004. Die Hälfte der Abtrünnigen hat die „Tendence“ an eine hausgemachte Konkurrenz verloren. Im Juni hatte die Konsumgütermesse „Collection“ mit rund 500 Ausstellern in Frankfurt Premiere. Unternehmen wie der türkische Glashersteller

Paşabahçe oder der Kerzenproduzent Gies sind in den Juni abgewandert. Andere sind auf beiden Messen vertreten, einige Unternehmen hat die „Tendence“ ganz verloren. Peters sagt trotzdem: „Wir sind absolut zufrieden.“ Die Gesamtausstellerzahl beider Frankfurter Messen steige.

Eines aber wird die „Tendence“ auch in diesem Jahr nicht bieten: einen Besuchertag. „Wir schaffen es nicht“, sagte Peters. Ein Konsens sei nicht möglich. Einige Marktführer seien zwar dafür, 80 Prozent der Aussteller, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, aber dagegen. Peters: „Wir müssen einen Weg finden, den Endverbraucher einzubinden, wir wissen nur noch nicht wie.“ Unter anderem gebe es Überlegungen zu neuen Messeformaten.

Siehe Rhein-Main-Zeitung